



Frankreich gilt seit jeher als Vorreiter staatlicher Ambition. Nun scheint die Regierung einen weiteren Schritt zu gehen – zumindest gedanklich: Während bereits ernsthaft über Einschränkungen sozialer Medien für Jugendliche diskutiert wird und entsprechende Gesetze vorbereitet werden, zeichnet sich in der politischen Vorstellung ein Modell ab, das weit über Plattformregulierung hinausgeht. Es zielt auf nichts Geringeres als die Reorganisation jugendlicher Kommunikation selbst.

Zwischen Fürsorge und Kontrolle

Ausgangspunkt ist eine reale Debatte. Präsident Emmanuel Macron und Teile seiner Regierung verfolgen seit Monaten die Idee, den Zugang zu Plattformen wie TikTok oder Instagram für unter 15-Jährige stark einzuschränken. Begründet wird dies mit Studien zu psychischen Belastungen, Konzentrationsverlust und algorithmischer Beeinflussung.

Frankreich steht damit nicht allein. Auch in anderen europäischen Staaten wächst der politische Druck auf Tech-Konzerne. Doch im französischen Kontext erhält die Debatte eine spezifische Färbung: den Hang zur staatlichen Steuerung gesellschaftlicher Prozesse – ein Erbe des republikanischen Zentralismus.

Die Radikalisierung der Idee

In ihrer zugespitzten, beinahe kafkaesken Weiterentwicklung stellt sich diese Politik so dar: Nicht nur digitale Räume werden reguliert, sondern durch staatlich gelenkte analoge Interaktion ersetzt. Jugendliche müssten demnach täglich 30 Minuten „reale Gespräche“ führen – verpflichtend, protokolliert und beaufsichtigt.

Zuständig wäre eine neu geschaffene Behörde, die „Haute Autorité de la Discussion Réelle“ (HADR). Ihr Auftrag: die Qualität zwischenmenschlicher Kommunikation sichern.

Ein solches Szenario wirkt überzeichnet, doch es legt einen wunden Punkt frei. Denn die Logik dahinter folgt einem bekannten Muster: Wenn Märkte und Technologien als problematisch erscheinen, wird ihre Substitution durch staatliche Ordnung gedacht.

Bürokratisierung des Privaten

In der hypothetischen Umsetzung trüfe diese Politik zunächst die Familien. Eltern wären verpflichtet, Gesprächsprotokolle einzureichen – eine Art kommunikatives Haushaltsbuch.



Themen, Dauer und „Engagementniveau“ würden dokumentiert, womöglich ergänzt durch qualitative Bewertungen.

Hier zeigt sich eine klassische Spannung liberaler Demokratien: Wo endet legitime Fürsorge, wo beginnt die Durchdringung des Privaten durch administrative Logik?

Frankreich hat in seiner Geschichte immer wieder Grenzen verschoben – etwa im Bildungswesen oder bei der Sprachpolitik. Die Regulierung von Kommunikation selbst wäre jedoch ein qualitativer Sprung.

Transformation der digitalen Ökonomie

Besonders aufschlussreich wäre die Rolle der Influencer. In einem solchen System würden sie nicht verschwinden, sondern transformiert. Aus Content-Produzenten würden „staatlich geprüfte Gesprächspartner“.

Ihre Reichweite würde nicht mehr in Klicks, sondern in zertifizierten Dialogeinheiten gemessen. Der Influencer als pädagogische Figur – eingebettet in eine staatlich regulierte Kommunikationsökonomie.

Dies erinnert an frühere Versuche, kulturelle Produktion zu lenken, etwa im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Doch im Unterschied dazu wäre hier nicht das Programm, sondern die Interaktion selbst Gegenstand politischer Gestaltung.

Der unvermeidliche Schwarzmarkt

Wo Regulierung entsteht, folgt Umgehung. In der zugespitzten Vision entwickeln sich schnell informelle Netzwerke: geheime Apps, versteckte Emojis, verschlüsselte Gruppenchats.

Ein digitaler Schwarzmarkt der Spontaneität.

Gerade Jugendliche, deren Sozialisation zunehmend hybrid – zwischen analog und digital – verläuft, reagieren erfahrungsgemäß sensibel auf Einschränkungen. Verbote erzeugen nicht nur Anpassung, sondern auch Kreativität im Widerstand.

Die Geschichte der Medienregulierung zeigt dies eindrücklich – von Piratensendern bis zu VPN-Netzwerken.



Generationenkonflikt im neuen Gewand

Hinter der Debatte steht ein tieferliegender Konflikt: der zwischen Generationen, die Kommunikation grundlegend unterschiedlich verstehen.

Für viele politische Entscheidungsträger bleibt das Gespräch ein physischer Akt – gebunden an Präsenz, Blickkontakt, unmittelbare Reaktion. Für die jüngere Generation hingegen ist Kommunikation längst entgrenzt, fragmentiert und multimedial.

Der Versuch, eine Form gegen die andere auszuspielen, verkennt diese Transformation. Er offenbart zugleich eine gewisse Nostalgie – die Vorstellung, gesellschaftliche Kohärenz lasse sich durch Rückkehr zu vermeintlich „authentischen“ Formen sichern.

Der französische Sonderweg

Frankreichs politische Kultur begünstigt solche Denkmodelle. Der Staat versteht sich traditionell als Gestalter gesellschaftlicher Normen – nicht nur als Schiedsrichter, sondern als Architekt.

Diese Haltung hat Fortschritte ermöglicht, etwa im Bildungs- und Sozialwesen. Sie birgt jedoch auch die Gefahr einer Überdehnung staatlicher Kompetenz.

Die Idee, Kommunikation selbst zu normieren, wäre Ausdruck eines Etatismus, der an seine Grenzen stößt.

Denn Sprache, Gespräch und Interaktion entziehen sich letztlich der vollständigen Kontrolle. Sie sind dynamisch, kontextabhängig und zutiefst menschlich.

Was als Schutzmaßnahme beginnt, kann leicht in eine technokratische Übergriffigkeit kippen – besonders dann, wenn komplexe soziale Phänomene durch administrative Instrumente gelöst werden sollen.

Die zugespitzte Vision einer „Haute Autorité de la Discussion Réelle“ wirkt daher weniger als konkrete politische Option denn als Spiegel einer Tendenz: dem Wunsch, Unsicherheit durch Kontrolle zu ersetzen.

Doch gerade im Bereich der Kommunikation zeigt sich, wie begrenzt dieser Ansatz ist.



Wenn der Staat das persönliche Gespräch verordnet – Frankreichs pädagogischer Etatismus im digitalen Zeitalter

Gespräche lassen sich nicht verordnen – sie entstehen.

Autor: 1. April